



BRANCHENVERBAND
CANNABISWIRTSCHAFT E.V.

Wahlprüfsteine & Programme zu den Bürgerschaftswahlen in Hamburg 2025

ELEMENTE

Materialien zur Cannabiswirtschaft

Band 48

Inhalt

1. Tabellarische Übersicht	3
2. Fragen und Antworten	4
1. Forschungsförderung	4
2. Weitere Förderungen	5
3. Medizinalcannabis: Regulierung vereinheitlichen	6
4. Rechtssicherheit Cannabinoide (z.B. CBD)	7
5. Modellprojekte für Genusscannabis	8
6. Modellprojekte für Genusscannabis in Ihrem Bundesland	9
7. Strafverfolgungsprioritäten	10
8. Initiativen	11
3. Auszüge aus den Wahlprogrammen	12

Redaktionelle Anmerkungen:

Die Fragen (sog. "Wahlprüfsteine") wurden im Januar 2025 durch den BvCW an die Parteien gestellt.

Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker aus der Bundespolitik haben teilweise weitergehende Forderungen als ihre Partei erhoben (z.B. auf Nachfrage des BvCW oder in öffentlichen Veranstaltungen). Diese haben wir in unserem Newsletter und teils auch auf unserer Internetseite dokumentiert, aber nicht in die Auswertung der hier vorliegenden Antworten der Parteien eingearbeitet.

Die Parteien CDU, Freie Wähler, FDP, BSW & DieWahl-WFG wurden angefragt und erinnert, sandten uns jedoch keine Antworten auf unsere Fragen zu. Sollten noch Antworten eingehen, werden wir diese hinzufügen.

Parallel wurden auch Wahlprüfsteine der Bundesarbeitsgemeinschaft Cannabis Anbauvereinigungen (BCAv) erstellt. Wenn Sie sich für Anbauvereinigungen interessieren, empfehlen wir ein Abo des kostenfreien Newsletters: <https://anbauverband.de/#newsletter>

Impressum:

ELEMENTE - Materialien zur Cannabiswirtschaft
Schriftenreihe des Branchenverband Cannabiswirtschaft e.V.
(BvCW)

Herausgeber: BvCW e.V., Luisenstr. 54, 10117 Berlin

Verantwortlich: Michael Greif

Band: 48 Wahlprüfsteine & Programme zu den Bürger-
schaftswahlen in Hamburg 2025 - Branchenverband Canna-
biswirtschaft e.V.

Redaktionsschluss: 27.02.2025



1. Tabellarische Übersicht



1.	Forschungsförderung				-
2.	Weitere Förderungen				-
3.	Medizinalcannabis: Regulierung vereinheitlichen				-
4.	Rechtssicherheit Cannabinoide (z.B. CBD)				
5.	Modellprojekte für Genusscannabis				
6.	Modellprojekte für Genusscannabis in Ihrem Bundesland				
7.	Strafverfolgungsprioritäten				-
8.	Initiativen			-	-

- Entspricht weitgehend oder voll den Forderungen des BvCW
- Entspricht überwiegend den Forderungen des BvCW
- Entspricht zum Teil den Forderungen des BvCW
- Entspricht überwiegend nicht den Forderungen des BvCW
- Entspricht nicht den Forderungen des BvCW

2. Fragen und Antworten

1. Forschungsförderung

Inwieweit werden Sie sich für die Forschungsförderung zu den Potentialen von Hanf (medizinisch, Nutzhanf, Baustoff, Lebensmittel, Cannabinoide, Genussmittel, Green Deal) einsetzen?



"Hanf bietet vielseitige Möglichkeiten für eine nachhaltige und innovative Zukunft. Ökologische und wirtschaftliche Chancen von Hanf zu erschließen und wissenschaftliche Erkenntnisse praxisnah umzusetzen unterstützen wir. Wir unterstützen auch die gezielte Forschungsförderung der medizinischen Nutzung von Cannabinoiden, die Erforschung der Möglichkeiten von Nutzhanf für Bauwirtschaft und Landwirtschaft und innovative Projekte in der Lebensmittelproduktion."



"Zu den Potenzialen von Hanf gibt es immer noch ein Forschungsdefizit. Deshalb wird sich Die Linke für die Förderung von Forschung in diesem Bereich einsetzen. Ein Beispiel: Die Linke hat die Förderung von Medizincannabis gefordert und das Gesetz im Grundsatz begrüßt (auch wenn es noch immer unnötige Hürden aufbaut). Gleichzeitig muss es für zugelassene Arzneimittel im Interesse der Patient*innensicherheit zurecht einen Nachweis von Wirksamkeit und Sicherheit durch aussagefähige Studien geben. Wir fordern deshalb hier mehr staatliches Engagement bei der klinischen Forschung und letztlich eine Gleichstellung von Cannabisarzneimitteln mit anderen Arzneimitteln."



"Prinzipiell sehen wir für Hanfprodukte den gleichen Förderungsbedarf wie für andere vergleichbare Rohstoffe. Durch die jahrzehntelange Benachteiligung der Hanfindustrie durch die Gesetzgeber sehen wir darüber hinaus Spielraum zu weiterer Förderung, vor allem, wenn diese einer nachhaltigen Landwirtschaft und so dem Umweltschutz dient."



Keine Antwort, weil "kein Hamburg-Bezug".

2. Weitere Förderungen

Für welche weiteren Förderungen zu den Potentialen von Hanf (z. B. Anbauprämien für Nutzhanf, Projekte zum Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten, Zuschüsse für Ernte- und Verarbeitungsmaschinen für regionale Maschinenringe oder Förderung der langfristigen CO₂-Speicherung durch Bau- und Dämmmaterialien) werden Sie sich einsetzen?



"Wir setzen uns dafür ein, die vielfältigen Potenziale von Hanf zu fördern (s.o.). Wir unterstützen nachhaltige Ansätze und regionale Strukturen, um die ökologischen und wirtschaftlichen Chancen von Hanf besser zu nutzen. Gleichzeitig setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, ein Vorankommen in der Hanfnutzung zu ermöglichen und innovative Projekte voranzutreiben."



"Wo Hanf zu einer klima- und umweltgerechteren Lebens- und Wirtschaftsweise beitragen kann, muss es auch staatlicherseits entsprechend Anreize und Entlastungen geben. Eine Reihe der genannten Maßnahmen können bereits über vorhandene Förderrichtlinien unterstützt werden – beispielsweise der Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten und Investitionsmaßnahmen. Das möchten wir fortsetzen und dabei nachhaltige Produktionsverfahren besonders unterstützen. Ergänzend befürworten wir eine Förderrichtlinie, die den Einbau CO₂-bindender Materialien bei Bauvorhaben unterstützt, wie das beispielsweise in Bayern der Fall ist. Davon würden auch Baumaterialien aus Nutzhanf profitieren."



"Wir fordern zunächst eine Angleichung des bürokratischen Aufwands und der gesetzlichen Regulierung des Hanfanbaus mit dem Anbau anderer Nutzpflanzen. Dies beinhaltet

1. eine Erhöhung der THC-Grenzwerte von Hanfpflanzen auf Feldern auf mindestens 1 %,
2. eine Erhöhung der THC-Grenzwerte in Endprodukten,
3. Eine Sicherheit für Landwirte, dass sie ihre Pflanzen rechtzeitig ernten, verkaufen und verarbeiten können, unabhängig vom tatsächlich vorhandenen THC-Gehalt, solange zertifiziertes Saatgut verwendet wurden,
4. Abschaffung der Rauschklausel,
5. Verringerung des bürokratischen Aufwands, z.B. durch Abschaffung der Mitteilung über Beginn der Blüte, des Einsendens von Saatgutetiketten und durch eine effiziente, digitale Verwaltung,
6. Auch die Förderung des Nutzhanfanbaus und dessen Verarbeitung möchten wir mit den anderen Nutzpflanzen angleichen. Durch die jahrzehntelange Benachteiligung der Hanfindustrie durch die Gesetzgeber sehen wir darüber hinaus Spielraum zu weiterer Förderung, vor allem, wenn diese einer nachhaltigen Landwirtschaft und so dem Umweltschutz dient."



Keine Antwort, weil "kein Hamburg-Bezug".

3. Medizinalcannabis: Regulierung vereinheitlichen

Werden Sie sich für eine bundesweite Vereinheitlichung der Regularien und Verfahrensweisen zu medizinischem Cannabis mit dem Ziel einsetzen, dass auch Cannabisblüten und -Extrakte als Ausgangsstoff für Defekturen- und Rezepturartikeln zukünftig einheitlich als Wirkstoffe kategorisiert werden?



"Eine Vereinheitlichung der Regularien und Verfahrensweisen im Bereich des medizinischen Cannabis unterstützen wir. Wir unterstützen auch die Weiterentwicklung der rechtlichen Rahmenbedingungen, um eine klare und faire Kategorisierung von Cannabisblüten und -extrakten als Wirkstoffe zu ermöglichen. Unser Ziel ist es, die medizinische Nutzung von Cannabis weiter zu fördern und sicherzustellen, sodass diese effizient und unter höchsten Standards zur Anwendung kommt."



"Eine bundeseinheitliche Regelung zu Regularien und Verfahrensweisen zu medizinischem Cannabis unterstützen wir ausdrücklich und werden uns dementsprechend einsetzen."



"Cannabisblüten, deren Extrakte und synthetisches THC sollen EU-weit auf gewöhnlichem Wege, also gemäß der Verordnung (EG) Nr. 726/2004, als Arzneimittel zugelassen werden können. Darüber hinaus setzen wir uns generell für den Abbau von Bürokratie ein. Dies schließt auch die Vereinheitlichung von Regularien und Verfahrensweisen zu medizinischen Cannabis mit ein."



Keine Antwort, weil "kein Hamburg-Bezug".

4. Rechtssicherheit Cannabinoide (z.B. CBD)

Wie ist Ihre Haltung zum Thema nicht-psychoaktive Cannabinoide (z.B. CBD, CBG, CBN) und welchen Rechtsrahmen für den sicheren Umgang mit Cannabinoiden wollen Sie nach der Landtagswahl umsetzen? Befürworten Sie eine Grenzwertfindung zum sicheren Handel mit nicht-psychoaktiven Cannabinoiden?



"Wir befürworten eine differenzierte Betrachtung von nicht-psychoaktiven Cannabinoiden wie CBD, CBG und CBN. Diese Substanzen bieten Potenziale in Bereichen wie Gesundheit, Wellness und der Förderung von Innovationen. Wir setzen uns für einen klaren und sicheren Rechtsrahmen ein, der den Handel und die Nutzung dieser Cannabinoide ermöglicht, gleichzeitig aber auch die Gesundheit und Sicherheit der Verbraucher*innen gewährleistet. Ein sicherer Umgang mit nicht-psychoaktiven Cannabinoiden ist für uns wichtig. Grenzwerte sollten sich an wissenschaftlichen Erkenntnissen orientieren und sicherstellen, dass Produkte für den Handel zugelassen sind, die den höchsten Standards entsprechen und keine Risiken für die Konsument*innen darstellen. Wir wollen den Zugang zu nicht-psychoaktiven Cannabinoiden unter klaren, transparenten und sicherheitsorientierten Rahmenbedingungen ermöglichen, um sowohl Innovation als auch den Verbraucherschutz zu fördern."



"Für Die Linke gibt es keinen Grund, für nicht psychoaktive Substanzen im Cannabis gesonderte Regelungen aufzustellen. Das Arzneimittelrecht und das Heilmittelwerberecht regeln das Nötige."



"Auf cannabinoidhaltige Produkte sollen entsprechend ihres beworbenen Zweckes bestehende Verordnungen, wie z.B. die Nahrungsmittelverordnungen, die Kosmetikverordnung ((EG) Nr. 1223/2009), oder die Arzneimittelverordnung ((EG) Nr. 726/2004), angewendet werden. Bei hochkonzentrierten Extrakten sehen wir unter Umständen eine Notwendigkeit, diese als Arzneimittel einzustufen. Diese Fälle müssen durch den Gesetzgeber klar definiert werden, sodass sowohl Verbraucher*innen geschützt sind, als auch Unternehmer*innen rechtssicher arbeiten können. Einen Grenzwert halten wir nicht für nötig, solange die enthaltenen Cannabinoide für die Verbrauchenden deutlich sichtbar angegeben werden."



"Verbraucher*innen haben einen Anspruch auf seriöse und transparente Informationen und die konsequente Durchsetzung ihrer Rechte. Zum Teil befinden sich CBD Produkte zur äußerlichen Anwendung schon im Verkauf. Zur „Einnahme“ bedarf es allerdings lebensmittelrechtlicher Genehmigungen durch die EU, die ausstehen. Es gibt eine ganze Reihe von Fragezeichen, was diese Produkte betrifft. Vor allem, wenn sie von Verbraucher*innen, trotz anderslautender Deklaration, als Lebensmittel oder Nahrungsmittelergänzungsmittel verstanden werden. Wir empfehlen Verbraucherinnen und Verbrauchern das Informationsangebot auf www.klartext-nahrungsergaenzung.de zum Thema „CBD-Oel“, das von der Verbraucherzentrale betrieben und aktuell gehalten wird. Forschung zum Zweck der Förderung des Verbraucher- und Gesundheitsschutzes, wie vom Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) betrieben, befürworten wir."

5. Modellprojekte für Genusscannabis

Die bisherige Bundesregierung plante den legalen Verkauf von qualitativ sicherem Genusscannabis in lizenzierten Verkaufspunkten bzw. Fachgeschäften, um dadurch den Schwarzmarkt zurückzudrängen. Sollte Hamburg sich für eine Fortsetzung dieser Cannabis-Reformpolitik im Bundesrat einsetzen?



"Wir unterstützen eine verantwortungsvolle und regulierte Legalisierung von Cannabis, die sowohl den Schutz der öffentlichen Gesundheit als auch die Bekämpfung des Schwarzmarktes zum Ziel hat. Hamburg soll sich im Bundesrat für die Fortsetzung der Cannabis-Reformpolitik der bisherigen Bundesregierung einsetzen. Wir wollen, dass Hamburg aktiv dazu beiträgt, den legalen Markt für Cannabis weiter auszubauen. Dies kommt nicht nur Konsument*innen zugute, sondern ermöglicht auch eine nachhaltige Regulierung und eine wirksame Kontrolle des Marktes."



"Die Linke unterstützt eine konsequente Fortsetzung der Cannabis-Reformpolitik. Der legale Verkauf von qualitativ geprüftem Genusscannabis in lizenzierten Fachgeschäften ist ein wichtiger Schritt, um den Schwarzmarkt effektiv zurückzudrängen und gleichzeitig Konsument*innen vor verunreinigten Produkten zu schützen. Die Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, dass eine regulierte Abgabe von Cannabis nicht nur den illegalen Handel erheblich reduziert, sondern auch die Möglichkeit bietet, durch Aufklärung und Prävention gesundheitliche Risiken zu minimieren."



"Das CanG ist ein Meilenstein auf dem Weg zu einer verantwortungsvollen Drogenpolitik und muss dringend durch lizenzierte Fachgeschäfte ergänzt werden. Deswegen werden wir uns im Bundesrat für diese Fortsetzung einsetzen."



"Der legale Verkauf von qualitativ sicherem Genusscannabis in lizenzierten Verkaufspunkten bzw. Fachgeschäften ist an europäischen Vorschriften u.a. des EU- Binnenmarktes gescheitert. Vor einer Weiterverfolgung müsste im Kreis der EU- Mitgliedsstaaten und dem Europäischen Parlament erfolgreich für Rechtsänderungen im EU-Recht geworben werden. Da dies nicht in der Hand der Freien und Hansestadt Hamburg liegt, haben wir für Hamburg dazu keine Pläne."

6. Modellprojekte für Genusscannabis in Ihrem Bundesland

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in Ihrem Bundesland Modellregionen für Genusscannabis und / oder entsprechende Modellprojekte möglich werden? Würden Sie als Bundesland teilnehmen wollen bzw. Bezirke zur Teilnahme ermuntern?



"Wir setzen uns dafür ein, dass in Hamburg Modellregionen für Genusscannabis und entsprechende Modellprojekte ermöglicht werden. Wir unterstützen die Idee, die Auswirkungen einer regulierten Cannabis-Abgabe in lizenzierten Fachgeschäften unter realen Bedingungen zu erforschen, um daraus wichtige Erkenntnisse für eine sichere und nachhaltige Legalisierung zu gewinnen. Wir hoffen, dass Hamburg dabei eine aktive Rolle spielt und wollen, dass sich Bezirke in Hamburg an Modellprojekten beteiligen, damit innovative Ansätze getestet und Erfahrungen gesammelt werden, die zur Weiterentwicklung einer verantwortungsvollen Cannabis-Politik beitragen können."



"Ja, wir würden befürworten, dass in Hamburg Modellregionen für Genusscannabis ermöglicht werden könnten. Die Linksfraktion in der Bezirksversammlung Bergedorf hat bereits einen solchen Antrag gestellt."



"Wir setzen uns dafür ein, dass Hamburg Modellprojekte durchführt."



"Davon abgesehen, dass ohne einen entsprechenden Rechtsrahmen im Bundesrecht die Frage rein hypothetischer Natur ist, hat sich der Senat klar gegen die Durchführung eines solchen Modellprojekts in Hamburg positioniert."

7. Strafverfolgungsprioritäten

Das geplante Nutzhanflegalisierungsgesetz sieht die Abschaffung der Rauschklausel vor; lt. Begründung ist bisher kein Missbrauchsfall bekannt, aufgrund der nun legalen Verfügbarkeit von Cannabis drohe erst Recht kein Missbrauch mehr. Welche Priorität sehen Sie in der weiteren Strafverfolgung hierzu?



"Wir setzen uns für eine differenzierte und verantwortungsvolle Drogenpolitik ein. Im Zusammenhang mit der geplanten Nutzhanflegalisierung und der Abschaffung der Rauschklausel halten wir es für wichtig, dass die Strafverfolgung weiterhin in Fällen von Missbrauch oder Gefährdung der öffentlichen Sicherheit eine klare Priorität behält. Allerdings sollte der Fokus auf Prävention, Aufklärung und dem Umgang mit Risiken gelegt werden, anstatt auf der strafrechtlichen Verfolgung von Konsum, der keine Gefahr für andere darstellt. Die Legalisierung von Cannabis für den Genussmarkt muss damit einhergehen, dass auch die Förderung der Gesundheit und die Vermeidung von Missbrauch berücksichtigt wird. Die Strafverfolgung sollte sich auf kriminelle Handlungen konzentrieren, die mit der illegalen Beschaffung und dem Handel von Cannabis verbunden sind, während der Konsum unter sicheren und regulierten Bedingungen möglich sein sollte."



"Die Linke setzt sich für eine klare Entkriminalisierung und Regulierung im Umgang mit Cannabis ein. Die Abschaffung der sogenannten Rauschklausel im Rahmen des Nutzhanflegalisierungsgesetzes ist ein Schritt in die richtige Richtung, da diese bisher unnötige Kriminalisierung gefördert hat. Es ist richtig, dass laut Begründung des Gesetzes bislang keine Missbrauchsfälle bekannt sind. Dies bestätigt, dass die bisherigen Regelungen unverhältnismäßig waren. Die Legalisierung von Cannabis – auch für den Freizeitgebrauch – zeigt, dass durch einen regulierten Markt nicht nur Missbrauch besser kontrolliert, sondern auch der Schwarzmarkt zurückgedrängt werden kann. Eine weitere strafrechtliche Verfolgung im Bereich Nutzhanf wäre daher weder verhältnismäßig noch zielführend. Wir setzen auf Prävention, Aufklärung und eine sozial gerechte Drogenpolitik statt auf Repression."



"Wir sehen eine hohe Priorität darin, die bestehende Strafandrohung aufzuheben. Es ist aus unserer Sicht völlig ausreichend, die unerlaubte gewerbliche Herstellung von psychoaktiven Produkten aus Nutzhanf strafbar zu belassen."



Keine Antwort, weil "kein Hamburg-Bezug".

8. Initiativen

Welche Initiativen beabsichtigen Sie zum Thema Hanf / Cannabis in der nächsten Legislaturperiode?



"In der nächsten Legislaturperiode setzen wir uns weiterhin für eine umfassende, gesundheitsorientierte und verantwortungsvolle Drogen- und Suchtpolitik ein. Ein zentraler Punkt ist die Förderung von Modellprojekten, in denen die legale Abgabe von Cannabis unter strengen Auflagen getestet wird, um praxisnahe Erfahrungen, wissenschaftliche Daten zu sammeln und eine sichere und transparente Abgabe von Cannabisprodukten zu ermöglichen und den illegalen Handel einzudämmen. Präventive Maßnahmen und Aufklärung zu den Risiken des Cannabiskonsums, besonders in Schulen und der Jugendhilfe, sollen verstärkt werden."



"DIE LINKE wird sich auch in der kommenden Legislatur konsequent für die vollständige Legalisierung von Cannabis einsetzen. Wir stehen für eine umfassende Entkriminalisierung von Konsument*innen."



Keine Antwort.



Keine Antwort, weil "kein Hamburg-Bezug".



Antwort AfD:

"Die AfD lehnt aus mehreren gut überlegten Gründen die Teillegalisierung von Cannabis ab. Unserer Auffassung nach birgt die Legalisierung von Cannabis erhebliche gesundheitliche und gesellschaftliche Risiken, die keineswegs unterschätzt werden dürfen. Der Konsum von Cannabis kann zur Minderung der Intelligenz und schweren medizinischen gesundheitlichen und psychischen Schäden führen. Die Freigabe des Cannabiskonsums außerhalb bestimmter medizinischer Indikationen halten wir für einen Fehler, der umgehend korrigiert werden muss. Unterstützend befürworten wir den Ausbau der sucht-psychiatrischen Versorgung um die dauerhafte Abstinenz von Drogenkranken zu erreichen.

Gesundheitsrisiken:

Cannabis ist eine psychoaktive Substanz, deren regelmäßiger Konsum insbesondere bei Heranwachsenden zu langfristigen Beeinträchtigungen führen kann. Studien haben gezeigt, dass der Konsum von Cannabis unter anderem die Entstehung von psychischen Erkrankungen fördern kann.

Gesellschaftliche Auswirkungen:

Die teilweise Legalisierung könnte falsche Signale senden, die verharmlosend wirken und die gesellschaftliche Akzeptanz von Drogenkonsum erhöhen. Dies birgt die Gefahr, dass weitere psychoaktive Substanzen gesellschaftsfähig werden, was wir entschieden verhindern wollen.

Sicherheitsbedenken:

Die Legalisierung kann zu einem verstärkten Gebrauch führen, was wiederum mit einem erhöhten Risiko im Straßenverkehr und bei der Arbeit verbunden ist. Der Schutz der Allgemeinheit und die Sicherheit unserer Bürger haben für die AfD oberste Priorität.

Aus diesen Gründen sprechen wir uns gegen die Teillegalisierung von Cannabis aus und setzen uns dafür ein, dass die aktuellen Gesetze strikt durchgesetzt werden. Ziel muss es sein, unsere Gesellschaft vor den gesundheitlichen und sozialen Risiken des Drogenkonsums zu schützen."

3. Auszüge aus den Wahlprogrammen

Wir haben die Wahlprogramm nach folgenden Schlagworten durchsucht: "Hanf", "Cannabi" (um sowohl Cannabis als auch Cannabinoide zu erfassen), "Drogen" & "nachwachsende" (Rohstoffe).



"Sucht ist kein Randproblem. Daher ist die Versorgung suchtkranker Menschen eine wichtige Aufgabe der Stadt, die vor dem Hintergrund des Bevölkerungswachstums stets überprüft und an die Bedarfe angepasst werden muss. Tarifsteigerungen in den Einrichtungen der Hamburger Drogen- und Suchthilfe sowie der Prävention und Gesundheitsförderung wollen wir refinanzieren, sodass der Personalbestand und der Umfang des Angebots in den Einrichtungen dauerhaft gesichert sind. Wir unterstützen den Paradigmenwechsel in der Drogen- und Suchtpolitik: Statt einer Kriminalisierung von Abhängigen brauchen wir mehr Präventionsarbeit, Selbstbestimmung, Schadensminimierung, Entkriminalisierung sowie passgenaue Beratungs- und Hilfsangebote. Mit der Umsetzung des Cannabisgesetzes konnten wir große Schritte in Richtung einer zeitgemäßen Drogen- und Suchtpolitik gehen. Wir unterstützen nun die Umsetzung des Cannabisgesetzes in Hamburg in einer Balance zwischen individueller Freiheit und öffentlicher Vorsorge. In potenziellen Modellregionen wollen wir unterstützen, dass die Auswirkungen der kommerziellen Lieferketten auf den Gesundheits- und Jugendschutz einschließlich des Schwarzmarktes wissenschaftlich untersucht werden. Drogenabhängige, die ihre Sucht überwinden wollen, brauchen dabei Hilfe. Um dem drohenden Engpass bei der Versorgung mit Substituten entgegenzuwirken, braucht es mehrere Ansätze: Einen Mangel an substituierenden Ärzt*innen durch Verrentungen wollen wir im Dialog mit der Kassenärztlichen Vereinigung verhindern. Zudem machen wir uns im Bund für eine Reform der Zugangsvoraussetzungen zur Substitution auch mit anderen Substituten als Methadon stark sowie für eine Reform der Vergütung, damit die Tätigkeit für mehr Mediziner*innen attraktiv erscheint."

(S.68)

Quelle: https://www.gruene-hamburg.de/wp-content/uploads/2024/11/GRUENE_HH_Regierungsprogramm2025.pdf



"[Forderungen "Psychische Gesundheit und Sucht":]

"Bedarfsorientierte Finanzierung von Drogenkonsumräumen und Suchtberatungsstellen. "

(S. 6)

[Forderungen "Justizpolitik":]

"Vollständige Legalisierung von Cannabis."

(S. 24)

Quelle: <https://www.die-linke-hamburg.de/aktuelles/nachrichten/detail/das-wahlprogramm-zum-herunterladen/>



“UMGANG MIT SUCHT UND DROGEN

Die Politik der Prohibition, Kriminalisierung und Repression des Drogenkonsums ist gescheitert. Nur eine Entkriminalisierung in Verbindung mit niederschwelliger Unterstützung und therapeutischen Angeboten für Suchtkranke führt weiter. Zudem gibt es neue Wege der aufsuchenden Sozialarbeit in sozialen Medien wie das „Digital Street Work“, dass Jugendliche und junge Erwachsene bereits im Vorfeld problematischen Drogenkonsums beraten und Hilfestellung bis hin zu Therapieplätzen vermitteln kann (Beispiel Bayern).

Volt Hamburg setzt sich daher ein für

- Drogenkonsumräume in ausreichender Anzahl und Ausstattung mit begleitender psychosozialer Betreuung und Automaten für Drogenkonsumutensilien;
- Drugcheckings (Beispiel Wien, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern), um Inhaltsstoffe und Dosierungen von psychotropen Substanzen testen zu können und auf Basis der Ergebnisse aufzuklären und Risiken zu verringern
- den Aufbau eines „Digital Street Work“ für alle Hamburger Bezirke (Öffentlicher Gesundheitsdienst). “
(S.58f)

“Der Hamburger Hafen soll seine Rolle als führender Standort für nachhaltige Industrien unterstreichen und die Ansiedlung innovativer Produktionsstätten für Materialien auf Basis nachwachsender Rohstoffe fördern. Die Nähe zu bestehenden Logistik-Infrastrukturen und die Expertise der Hafenwirtschaft schaffen dabei ideale Voraussetzungen für einen effizienten und globalen Handel mit Rohstoffen, Zwischen-, und Endprodukten.“
(S. 134)

Quelle: <https://voltdeutschland.org/storage/assets-hamburg/pdf/wahlprogramme/büwa/mut-fur-hamburg-burger-schaftswahl-2025.pdf>



“Beim Cannabis stehen wir für eine restriktive Anwendung der neuen gesetzlichen Regelungen: Hohe Bußgelder, eine strikte Genehmigungspraxis und die Kontrolle von Anbauvereinigungen. Dem Kinder- und Jugendschutz im Bereich des Cannabis-Konsums gilt unsere besondere Aufmerksamkeit. Wir stellen in Hamburg eine regional ausgerichtete und niedrigschwellige Suchtberatung sicher und intensivieren die Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Suchtprävention. Kleinräumige Evaluationen sichern ergänzend ab, dass die Stadt es unmittelbar erfährt, wenn junge Menschen durch die Legalisierung von Cannabis eine negative Entwicklung nehmen.“

(S. 75)

Quelle: https://www.spd-hamburg.de/fileadmin-hamburg/Dokumente/Programme_und_Koalitionsvertraege/SPDRegierungsprogramm2025.pdf

"Die wieder zunehmende Verbreitung von Drogen- und Suchtmitteln im Kindes- und Jugendalter ist alarmierend. Wir wollen Schluss machen mit der Verharmlosung des Konsums, auch junge Erwachsene sollen über die Konsequenzen der Nutzung von Substanzen aller Art und Drogenmissbrauch umfassend aufgeklärt werden. Wir wollen die drogenfreie Kindheit und Jugend wieder zum Leitbild der Suchtprävention machen.

"Durch die Legalisierung von Cannabis haben die Fahrten unter Drogeneinfluss sprunghaft zugenommen – auch deshalb setzen wir uns im Sinne der Verkehrssicherheit dafür ein, die Legalisierung von Cannabis umgehend rückgängig zu machen."

(S. 27)

"Die Cannabis-Legalisierung der Ampel-Bundesregierung von SPD, Grünen und FDP erfolgte gegen die scharfe Warnung der Fachleute und hat die Grundprinzipien der Drogenprävention, nämlich Verfügbarkeit von Drogen zu reduzieren, ins Gegenteil verkehrt. Wir wollen diesen Irrtum der deutschen Suchtpolitik auf Bundesebene korrigieren. Solange das nicht möglich ist, müssen wir in Hamburg alle Möglichkeiten ausschöpfen und gegen die Verbreitung und Abgabe von Cannabis und anderen Drogen an Minderjährige konsequent vorgehen."

(S. 63)

Quelle: <https://cduhamburg.de/wp-content/uploads/2024/12/CDU-Hamburg-Unser-Wahlprogramm-zur-Buergerschaftswahl-2025.pdf>

"Drogen- und Suchtpolitik

Der Drogenkonsum in Hamburg nimmt weiterhin besorgniserregend zu. Besonders die steigende Verbreitung von Crack ist alarmierend, da diese Droge schnell zu einer schweren Abhängigkeit und Verelendung führt. Am Hauptbahnhof und anderen Brennpunkten wird das Ausmaß dieses Problems deutlich sichtbar. Wir Freie Demokraten verfolgen einen klaren Grundsatz: Wir wollen den Abhängigen helfen und gleichzeitig entschlossen gegen den Drogenhandel vorgehen.

Prävention und Hilfe

Ein zentraler Schwerpunkt unserer Drogenpolitik liegt auf der Prävention, insbesondere in Schulen. Junge Menschen müssen frühzeitig über die Gefahren des Drogenkonsums aufgeklärt werden, um gar nicht erst in die Abhängigkeit zu geraten. Wir unterstützen den Betrieb von Konsumräumen wie dem Drob Inn. Diese Einrichtung verhindert eine Verlagerung des Drogenkonsums in die Wohnviertel und bietet eine sichere Umgebung, in der Abhängige zielgerichtet Hilfe erhalten können. Wir sehen die enge Verzahnung von Konsumräumen mit Hilfsangeboten wie der Straßensozialarbeit als unerlässlich an. Durch diese Vernetzung können Abhängige direkt angesprochen und in weiterführende Hilfsmaßnahmen integriert werden. Die Kombination von sofortiger Hilfe vor Ort und langfristigen Unterstützungsangeboten ist der Schlüssel, um Menschen aus der Sucht zu holen und ihnen eine Perspektive zu bieten.

Drogenhandel bekämpfen

Wir Freien Demokraten verfolgen eine ganzheitliche Drogenpolitik, die auf Prävention, Hilfe und konsequentes Vorgehen gegen den Drogenhandel setzt. Wir sind fest entschlossen, den Abhängigen in unserer Stadt zu helfen und die Ursachen des Drogenproblems anzugehen."

(S.82)

Quelle: https://www.fdp.de/sites/default/files/2024-12/fdp-wahlprogramm_2025.pdf



“[**„Sauberes Stadtgrün“**]-] Leider entspricht dies nicht mehr überall der Realität, denn viele Parks und Grünanlagen in Hamburg vermüllen immer mehr und werden als „versteckte Plätze“ für Drogenmissbrauch genutzt. Die AfD Hamburg wird sich daher für eine konsequente Beseitigung und Prävention der Vermüllung einsetzen und sich um das Pflanzen weiteren Stadtgrüns kümmern.”

Quelle: <https://afd-hamburg.de/wahlprogramm/>



[Wir fordern:] “Suchtprävention und Hilfsangebote ausbauen: Eine Aufklärung in Schulen und der Erwachsenenbildung sowie entsprechende Hilfsangebote sind erforderlich. Hilfsangebote wie anonyme Drogenanalyse und Ausgabestellen für Schwerstabhängige müssen flächendeckend verfügbar sein.”

Quelle: <https://fwhamburg.de/programm/>

Bündnis
**Sahra
Wagenknecht**

Wir konnten online kein Wahlprogramm des BSW in Hamburg finden. Entsprechende Nachfragen blieben unbeantwortet.



Keine Suchtreffer.

Quelle: <https://www.diewahl.hamburg>